

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
 Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtbank Dresden, Straßße Blasewitz Nr. 608
 Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hostowitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erheben täglich mit den Zeitungen: „Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-“
 monatlich 10. durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Straß. Streik usw. hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl d. Legebeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsberg. Bei unvert. einget. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernver. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
 Blasewitz, Tollwitzer Str. 4
 91. Jahrgang

Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zeile mit 25 Halbpennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Halbpennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Hochschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattenbruch erlischt: b. veränd. Zahlung, Mißg. od. Konturs d. Auftraggebers

Nr. 38

Freitag, den 14. Februar

1930

Gleiche Zielrichtung — verschiedene Wege

Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Wirtschaftslage

Amlich wird mitgeteilt:
 Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand unter Mitbeteiligung des Reichsarbeitsministeriums gestern eine Besprechung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft über die wirtschaftliche Lage statt. An eingehender Besprechung wurde von den Gewerkschaften aller Richtungen übereinstimmend vorgeschlagen.

Auslandskapital zur Anhebung der Wirtschaft heranzuziehen

Um die bestehenden Hemmungen zu beseitigen, und auf diesem Wege den Baumarkt zu beleben, der zurzeit bei zwei Millionen Beschäftigten und 60 Prozent Arbeitslosigkeit das größte Kontingent an Arbeitslosen stellt. Ferner müsse man in verstärktem Umfange durch Auftragserteilung der öffentlichen Hand für Beschäftigung sorgen. Die privaten und sozialen Versicherungen müßten alle verfügbaren Mittel zur Vergabe von Hypotheken bereitstellen. Die für Eisenbahn und Post aus der internationalen Anleihe demnächst zu erwartenden 400 Millionen sollten möglichst bald der Industrie zugesandt werden. Eine Arbeitszeitverlängerung scheine geeignet, um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen. Angesichts der großen Baurückgang in Arbeitnehmerkreisen sei es notwen-

dig, alle Mittel zur Hebung der Beschäftigung heranzuziehen, selbst wenn man anerkenne, daß gewisse Bedenken bei der Verwendung der vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Von Seiten der Arbeitgeber wurde davor gewarnt, der Wirtschaft Fesseln anzulegen, die letztlich immer wieder zu Krisen führen müssen.

Wichtig sei die Förderung der inneren Kapitalbildung, die aber im wesentlichen sich aus Betriebsübungsstellen ergeben müsse. Auslandsanleihen seien vornehmlich in der Form von Kapitalbeteiligungen, weniger durch Aufnahme hoher festverzinslicher Anleihen heranzuziehen. Arbeitszeitverlängerung würde letzten Endes zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen, da sie rationelle Betriebsführung nicht ermögliche.

Eine Verbreiterung der Exportbasis würde im Zuge der bisherigen Ausfuhrentwicklung eine Hebung des Beschäftigungsgrades bringen.

Ein sinkender Zinsfuß, Wegfall der Zinspanne gegenüber dem Ausland, freie Verfügbarmkeit der Kapitalien wären die besten Antriebe für die Wirtschaft.

Auf Wunsch der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sagte Reichsminister Schmidt eine Fortsetzung der Aussprache zu, die im Laufe der nächsten Wochen stattfinden wird.

„Notopfer“, die keine Gegenliebe finden werden

Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien des Reichstages zwecks Prüfung der Ersparnismöglichkeiten im Haushaltsplan zielen darauf ab, daß man sich statt auf ein großes Finanzreformprogramm zunächst auf ein kleines Deckungsprogramm zu einigen sucht. Im einzelnen stehen folgende Pläne zur Erwägung:

Der Fehlbetrag vom Jahre 1928 in Höhe von 150 Millionen Mark soll aus dem Tilgungsfonds in Höhe von 450 Millionen in Anrechnung gebracht werden, so daß dieser sich also auf 300 Millionen verringert.

Zur Abbildung der Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung sollen die Invaliden- und Angestelltenversicherung der Arbeitslosenversicherung einen Kredit von 250 Millionen Mark gewähren. Dafür soll das Reich als Sicherheit die Reichsbahnaktien hergeben.

Diese Aktien sollen von der Reichsbank lombardiert werden, so daß die beiden genannten Sozialversicherungen flüssige Mittel zur Behebung des Baumarcktes zur Verfügung haben.

Weiter wird erwogen, zur Tilgung der Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung einen

Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 15 bis 20 v. H.

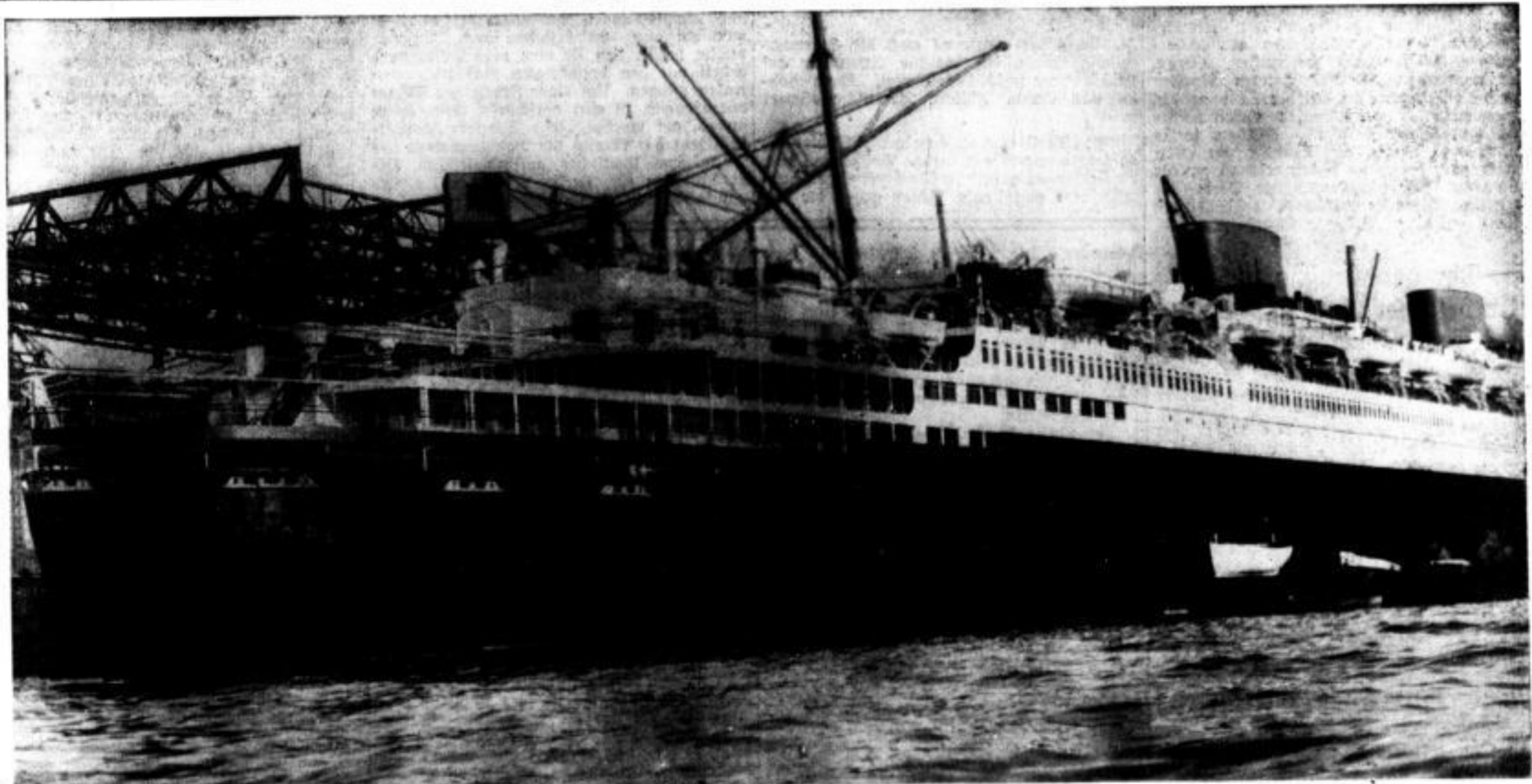
für ein Jahr, nötigenfalls auch für zwei Jahre zu erheben. Man erwartet hier von einem Beitrag von 150 bis 180 Mill. Mark im Jahre. Neben diesem Plan wird der Gedanke erwogen, einen Abzug von 1 v. H. von dem Gehalt aller Festbesoldeten, soweit sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind, zu erheben. Auch in diesem Falle soll die Abgabe, die als „Notopfer“ gedacht wird, für ein Jahr, höchstens für zwei Jahre erwogen werden. Der Ertrag wird auch hier auf 150 bis 180 Millionen Mark geschätzt.

Es bestehen gegen diese beiden Pläne aber in parlamentarischen Kreisen sehr starke Bedenken.

Der weitere Bedarf soll gedeckt werden aus der Erhöhung der Biersteuer sowie aus der Erhöhung der Umsatzsteuer oder, falls sich diese nicht durchsetzen läßt, aus der Erhöhung des Kaffee- und Teezollens. Endlich sollen beim Haushaltsplan Ersparnisse gemacht werden in Höhe von rund 180 Millionen Mark. Große Abstriche sind nach Auffassung der Sachverständigen im Haushaltsplan zurzeit nicht möglich.

Die Deutsche Volkspartei ist dafür nicht zu haben

Zu vorstehender Meldung wird von volksparteilicher Seite erklärt, daß die Partei den angeblich geplanten Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 10 v. H. strikte ablehne. Das gleiche gelte für den Gedan-



Riesendampfer „Europa“ vor der Fertigstellung

Das Schwester Schiff der „Bremen“, der Riesendampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, dessen Fertigstellung seinerzeit durch den Brand verzögert wurde, wird in den nächsten Tagen seine erste Probefahrt unternehmen. Die erste Ausreise des Schiffes nach New York soll am 19. März stattfinden. Unser Bild zeigt die „Europa“ in ihrem jetzigen Bauzustand.